

## Stellungnahme der Stadt Bad Schwartau zum Raumordnungsverfahren

Die Stadt Bad Schwartau begrüßt generell die Durchführung des Raumordnungsverfahrens. Im Raumordnungsverfahren bestand die Möglichkeit, örtliche und regionale Aspekte in das Verfahren einzubringen. Entscheider im Raumordnungsverfahren war auch das Land Schleswig-Holstein und nicht etwa – wie beim Planfeststellungsverfahren – das Eisenbahnbundesamt.

Die Stadt Bad Schwartau als größte Stadt des Kreises Ostholstein mit der dichtesten Besiedlung ist enttäuscht über das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens. Die Stadt Bad Schwartau hatte beantragt, im Raumordnungsverfahren die sogenannte „X-Trasse“ über Dänischburg und dann weiter unter den Strommasten Richtung Norden zu untersuchen. Die Untersuchung hat leider ergeben, dass diese Trasse nicht raumverträglich sein soll aufgrund der artenschutzrechtlichen Konfliktlage. Die Stadt Bad Schwartau hätte sich gewünscht, dass das Schutzgut Mensch stärkere Beachtung bei der Festlegung der Trasse gefunden hätte. Durch die „X-Trasse“ hätten Bad Schwartau sowie Ratekau weiträumig umgangen werden können. Beim optimalen Lärmschutz auf der „X-Trasse“ wären die Betroffenheiten der Menschen erheblich abgemildert worden. Die vom Kreis Ostholstein vorab in Auftrag gegebene Betroffenheitsanalyse hat auch festgestellt, dass die „X-Trasse“ die geringste Belastung für das Schutzgut Mensch ergeben hätte.

Im Bereich Bad Schwartau sind – im Gegensatz zu den Bädergemeinden – keine Änderungen der Trassenführung im Verhältnis zum Antrag der Bahn vorgenommen worden.

Im darauffolgenden Planfeststellungsverfahren muss unbedingt erreicht werden:

- optimaler Lärmschutz,
- die Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge sowie
- Erschütterungs- und Immissionsschutz.

Die Stadt Bad Schwartau erwartet, dass sie – auch wenn kein rechtlicher Anspruch darauf bestehen sollte – genauso behandelt wird wie die Kommunen an der Neubaus Strecke.

Die Stadt Bad Schwartau befürchtet, dass der Status „Bad“ im Ortsnamen durch die Belastungen des Güterverkehrs gefährdet wird.

gez. Schubert  
Bürgermeister